

1 | Zweites Forum gegen Rechtsextremismus: Was geht in den braunen Köpfen vor?

2 | Forum gegen Rechtsextremismus gegründet: Neues Netz gegen Nazis

3 | Analyse der Landtagswahl: NPD in Dortmund weiter vor „pro NRW“

4 | Pro NRW: Hetze gegen die Moschee in Hörde

5 | Beamter der Stadt auf Abwegen: Biedermann oder Brandstifter?

6 | Runder Tisch in Dorstfeld: Stadtweites Interesse

7 | Notiert

Kontakt, Impressum

1 | Zweites Dortmunder Forum gegen Rechtsextremismus

Was geht in den braunen Köpfen vor?

Die Denkmuster, Vorstellungen und Absichten der Rechtsextremisten werden nicht täglich neu erfunden. Aber sie entwickeln, differenzieren und ändern sich. Anlass genug also, sich mit dem auseinanderzusetzen, was in den braunen Köpfen vorgeht. Nach dem Erfolg des ersten Forums gegen Rechtsextremismus am 14. April 2010 lädt der Arbeitskreis jetzt zur Fortsetzung ein. „Ideologie und Strategie der Autonomen Nationalisten“ ist das Thema der Diskussion mit Claudia Luzar, der Mitautorin der empirischen Erhebung „Rechtsextremistische Strukturen in Dortmund“, die im vergangenen Jahr im Rahmen der Untersuchung „Analysen und Handlungsvorschläge zum Rechtsextremismus in Dortmund“ durchgeführt wurde. Die Leitung hatte Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer vom Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld. Die Referentin Claudia Luzar ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Internationalen Akademie (INA) der Freien Universität Berlin im Institut für Psychosoziale Prozesse (OPSI).

Eine wachsende Zahl von Dortmunderinnen und Dortmundern ist bereit, sich nicht nur durch KontraRE über die Aktivitäten der Nazis in Dortmund zu informieren, sondern gemeinsam mit dem Arbeitskreis an Lösungen zu arbeiten, die die braunen Umtriebe beenden.

Ideologie und Strategie der Autonomen Nationalisten

Das 2. Dortmunder Forum gegen Rechtsextremismus

**1. Juli 2010 um 19:00 Uhr in der Fachhochschule Dortmund,
Sonnenstr. 96, 44138 Dortmund, U Saarlandstraße und Möllerbrücke.**

In der Einladung zum 2. Forum heißt es: „In Dortmund haben sich die Autonomen Nationalisten (AN) – die gefährlichste, weil militanteste Gruppierung in der rechten Szene – seit einigen Jahren eine Hochburg mit ziemlich großer Ausstrahlung geschaffen. Der Stadtteil Dortmund-Dorstfeld und die angrenzende Rheinische Straße sind zu einem sehr bedeutenden Aktionsraum der AN geworden. Ende 2009 ist es

ihnen durch massiven Druck sogar gelungen, eine demokratisch gesinnte Familie, die sich ihnen zu widersetzen versuchte, zu vertreiben. Eine Ausweitung auf andere Stadtteile ist zu befürchten.

Es ist an der Zeit, dass wir uns intensiv mit diesem Phänomen und dem dazugehörigen Gedankengut auseinandersetzen: Was denken die Autonomen Nationalisten? Wie agieren die Autonomen Nationalisten?“

Wer am zweiten Forum teilnehmen oder auch in Zukunft regelmäßig dabei sein will, ist um eine Kontaktaufnahme unter Forum-gegen-Rechts@gmx.de gebeten – möglichst mit Name, Adresse, Mail und Rufnummern.

Ausgeschlossen sind oder werden per Hausrecht von der Veranstaltung Personen, von denen bekannt ist oder wird, dass sie rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören bzw. der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind. Aus dem Saal gewiesen werden kann auch, wer bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten ist oder die Versammlung stört.

2 | Dortmunder Forum gegen Rechtsextremismus mit Erfolg gegründet

Neues Netz gegen Nazis

Es sind nicht mehr die glatzköpfigen jungen Leute mit schweren Stiefeln und klotzigem Auftreten. Junge Neonazis haben umgelernt. Sie treten in Outfits auf, mit denen sie in der Jugendszene „in“ sind. Sie verständigen sich untereinander mit technisch gut realisierten Internetseiten. Und sie wirken auf ihre Altersgenossen mit scheinbar seriösen Informationsseiten auf den Computern und heißer Musik auf den Playern. Über das gefährlich-attraktive Auftreten der „Nazis im Netz“ konnten sich die Dortmunder am 14. April beim ersten „Forum gegen Rechtsextremismus“ informieren. Es ist vom Dortmunder Arbeitskreis gegen Rechtsextremismus gegründet worden, um Menschen in dieser Stadt eine Möglichkeit zu geben, sich über die Pläne und Aktionen der Neonazis zu informieren und – besser noch – mit Zivilcourage gegen die neuen Nazis aktiv zu werden.

Gast war im Haus der Auslandsgesellschaft Dr. Thomas Pfeiffer, der sich im Innenministerium des Landes mit einer Analyse der Internetauftritte von Neonazis befasst. Er unterstrich, dass rechtsextremes Denken heute in professionellem High-Tech-Gewand auf den Bildschirm kommt. Dabei hatte Pfeiffer vor allem die „Autonomen Nationalisten“ im Blick, vorwiegend junge Leute, die in von außen nur schwer erkennbaren Zusammenschlüssen agieren und deshalb nicht als Partei oder Vereinigung verboten werden können.

<http://de.altermedia.info/> ist die deutsche Ausgabe einer internationalen Informationsplattform, auf der Neonazis einen Mix aus Kurznachrichten, Bildern und Videos anbieten, die für ihre Aktivitäten mobilisieren oder Projekte der Demokratie und der Zivilgesellschaft in ein übles, oft genug gefälschtes Licht setzen.

<http://www.ag-ruhr-mitte.info/> ist eine Website, mit der die Aktionsgruppe Ruhr-Mitte, also Neonazis aus dem Ruhrgebiet, „Nationalen Sozialismus fühlen, verinnerlichen und leben“ wollen. Neben Nachrichten, Terminen und Kontakten finden sich hier auch Theorie-Seiten, die der Schulung der Nationalisten dienen sollen.

<http://logr.org/dortmund/> führt in das „Infoportal Dortmund“, das Sprachrohr der Dortmunder Kameradschaft von autonomen Nationalisten. Auch hier finden sich zahllose Texte zu den Aktivitäten der Braunen und diskriminierende Nachrichten über ihre Gegner.

Diesen und vielen anderen Internet-Seiten der Rechtsextremisten ist gemeinsam, dass sie oft im Ausland ins Internet gestellt werden, damit strafbare Inhalte nicht von deutschen Behörden verfolgt werden können. Besonders übel sind beispielsweise in den Niederlanden oder den USA ins Netz gestellte Seiten,

die – insbesondere auch in Dortmund – junge Leute, die gegen die Nazis aktiv werden, mit Bild, Adresse und Telefon „an den Pranger“ stellen, sie bedrohen und einschüchtern.

Ein Teil der Nazi-Seiten im Internet dient dazu, interne Informationen weiterzugeben und für braune Aufmärsche zu mobilisieren. Andere Seiten sollen vor allem Jugendliche ansprechen, die politisch noch keine eigene Orientierung gefunden haben. Diese werden mit allen Tricks der Jugendwerbung angesprochen, um sie für die Positionen der Rechtsextremisten zu begeistern. Typisch sind dabei oft Sekundärtugenden, also Werte wie Mut oder Pünktlichkeit, die erst im Zusammenhang Sinn machen oder ins Übel führen. Zusätzlich dienen die Web-Seiten auch zum Verkauf von Kleidung, Musik und anderen Konsumgütern der rechten Szene, die der wirtschaftlichen Absicherung der Nazi-Aktivitäten dienen.

Bemerkenswert ist, dass Nazis heute sorgfältig darauf achten, sich in vielen Situationen strikt an herrschendes Recht, an Polizeivorschriften und den Spielraum zu halten, den selbst die Feinde der Demokratie straffrei in Anspruch nehmen können. Aber wenn sie hoffen, unerkannt zu bleiben oder Überraschungsmomente nutzen zu können, verlassen sie die Tarnung und brechen Tabus und Gesetze.

So attackierten sie letztes Jahr am 1. Mai gewalttätig einen Aufzug der Dortmunder Gewerkschaften, und im Herbst verfolgten sie in Dorstfeld eine couragierte Familie mit Drohungen und Sachbeschädigungen, bis diese den Stadtteil verängstigt verließ.

<http://www.jugendschutz.net/hotline/index.html> - das ist die Internetadresse, auf der man sich über die Nazi-Seiten im Internet beschweren kann.

Erfreulich große Resonanz des Forums

Was Thomas Pfeiffers Vortrag am 14. April 2010 in der Auslandsgesellschaft zu einem besonderen Ereignis hat werden lassen, ist zweierlei:

Zum einen wurden hier die in den letzten Jahren gewandelte Art der Internetauftritte von Rechtsaußen, die Professionalität der Präsentation, die pointierte, auf ein junges Publikum ausgerichtete Zielgruppenarbeit und die Absetzbewegungen vom tumben Neonazismus alten Stils überdeutlich. Erschreckend dabei ist die Erkenntnis, dass es aufgeklärten Demokraten leichter fällt, gegen den Blut- und Boden-Schwachsinn und die Heil-Hitler-Idiotie brauner Altkader anzugehen, als geeignete Instrumente für die Auseinandersetzung mit den pseudo-modernen Gruppen der „Autonomen Nationalisten“, die sich als Teil der gegenwärtigen Jugendkultur präsentieren, zu entwickeln.

Zum anderen scheint die Einschätzung der von der extremen Rechten ausgehenden Gefahren für die demokratische Gesellschaft jetzt auch unter konservativen Regierungen in Düsseldorf und Berlin ein anderes Gewicht bekommen zu haben: Die stereotype Gleichsetzung der „Gefahren von links und rechts“, wie sie noch der ehemalige Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble pflegte, gehört offenbar der Vergangenheit an. Sicherlich ist es ein Zufall, aber dennoch symptomatisch, dass beinahe zeitgleich in Dortmund der Sozialwissenschaftler Dr. Thomas Pfeiffer, ein Mitarbeiter des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes, referierte und in einer Schule die Wanderausstellung des Bundesamtes für Verfassungsschutz zum Thema Rechtsextremismus eröffnet wurde.

Und dann gab es am 14. April in der Auslandsgesellschaft noch eine weitere, ganz anders geartete Zeitgleichheit: Mit der ersten Veranstaltung einer dreigeteilten Vortragsreihe in diesem Jahr hat der Dortmunder „Arbeitskreis gegen Rechtsextremismus“ ein lange geplantes Vorhaben umgesetzt und das „Forum gegen Rechtsextremismus“ gegründet: Neben dem Zusammenschluss von Institutionen im Arbeitskreis gibt es künftig den Zusammenschluss von Personen, von Bürgerinnen und Bürgern, im Forum.

Trotz längerer und intensiver Vorbereitung des Vortrags- und Gründungsabends waren die Initiatoren vom Arbeitskreis überrascht über die enorme Resonanz. Mit gut hundert Besuchern waren der kleine Saal und der einbezogene Vorraum mehr als ausgelastet. Umso erfreulicher waren – trotz der drangvollen Enge und der zwischenzeitlichen technischen Unzulänglichkeiten – die gespannte Aufmerksamkeit und die hohe Qualität der Diskussion nach dem Vortrag Thomas Pfeiffers. Dem anschließenden Aufruf zur

Mitarbeit im neuen „Forum gegen Rechtsextremismus“ folgten allein aus dem Kreis der Zuhörer rund 30 Interessierte. Das Forum ist – vereinfacht gesagt – künftig das zweite Standbein des Arbeitskreises.

Der Dortmunder „Arbeitskreis gegen Rechtsextremismus“ hat sich 2005 gebildet, aus der Erfahrung zahlreicher Neonazi-Aufmärsche und den Ereignissen rund um die auch in Dortmund gezeigte Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht“. Im Arbeitskreis haben sich insgesamt 18 große Institutionen zusammengefunden, also so genannte „gesellschaftlich relevante“ Gruppen wie die beiden großen christlichen Kirchen, der Deutsche Gewerkschaftsbund, mehrere politische Parteien, die Fachhochschule, der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband, der Jugendring, die Evangelische Studierendengemeinde, der Ausländerbeirat und andere mehr.

Diese Gruppierungen entsenden in der Regel einen ihrer Repräsentanten in den Arbeitskreis. In letzter Zeit ist der Arbeitskreis allerdings verstärkt von Bürgerinnen und Bürgern angesprochen worden, die sich gegen Rechts engagieren und mitmachen wollen, die Gleichgesinnte suchen. Daraus ist der Gedanke entstanden, parallel und in enger Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis das „Forum gegen Rechtsextremismus“ als Diskussions-, Versamlungs- und Veranstaltungsgremium ins Leben zu rufen.

Dass die Zusammenarbeit fruchtbar sein kann, hat schon dieser erste Abend in der Auslandsgesellschaft gezeigt. Denn beide Gruppierungen haben dieselben Wurzeln: das Engagement einer intakten, demokratischen, aufgeklärten Zivilgesellschaft, die nicht bereit ist, die Prinzipien von Toleranz, Menschenwürde und Freiheitsrechten in ihrer Stadt durch intolerante, fremdenfeindliche, rassistische und antidemokratische Rechtsextremisten mit Füßen treten zu lassen.

Klaus Commer / Rainer Zunder

3 | Analyse der Landtagswahl

NPD in Dortmund weiter vor „pro NRW“

In den vier Dortmunder Landtagswahlkreisen summierten sich die Stimmen rechtsextremer Parteien auf 1,9 bis 2,5%. Sie zählten somit auch diesmal zu den „Sonstigen“, die bei der Darstellung von Wahlergebnissen häufig nicht differenziert dargestellt werden: Da kleine Parteien und andere Wahlbewerber an der Fünf-Prozent-Hürde scheitern und nicht in das Parlament einziehen – wie jetzt den Landtag von Nordrhein-Westfalen oder auch den Bundestag –, wird die Summe ihrer Stimmanteile in Mandate für die größeren Parteien umgerechnet. Jedes an der Fünf-Prozent-Hürde verschenkte Votum für Rechtsextremisten und jede nicht abgegebene Stimme wirkt sich also mit einem dem landesweiten Ergebnis der großen Parteien entsprechenden Zuwachs von Mandaten für die CDU, die SPD, die Grünen, die FDP und die Linke aus.

Ralf-Erik Posselt, Leiter der GewaltAkademieVilligst und des Beratungsnetzwerks Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Arnsberg, hat am 17. Mai eine „Auswertung und Analyse der Wahlergebnisse der extremen Rechten im Regierungsbezirk Arnsberg bei der Landtagswahl 2010“ veröffentlicht, in der auch die Dortmunder Stimmen enthalten sind. Die Auswertung stellt fest, dass die extreme Rechte insbesondere durch das erstmalige Antreten von „pro NRW“ gegenüber der Wahl von 2005 einen Zuwachs um zirka 0,8 Prozent und – bei einer von 63% auf 59,3% gefallenen Wahlbeteiligung – um rund 53.000 Stimmen verbucht.

Die im Februar 2007 gegründete anti-islamistische „Bürgerbewegung pro NRW“, die zunächst nur in die Lokalparlamente von Köln, Leverkusen und Düsseldorf einzog, erreichte landesweit auf Anhieb 1,4 Prozent der Stimmen (106.932 Zweitstimmen). Sie hat sich bei den rechtsextremen Wahlbewerbern damit an die Spitze gesetzt. Da sie mehr als ein Prozent erzielt hat, stehen ihr öffentliche Mittel zur Erstattung von Wahlkampfkosten zu. Die NPD fiel gegenüber 2005 in diesem Jahr um 0,2 Prozentpunkte auf 0,7 Prozent (55.831 Zweitstimmen) zurück. Die „REP“ stürzten gar um 0,5 Prozentpunkte auf 0,3 Prozent und sammelten nur noch 23.430 Zweitstimmen. Sie reiben sich in Richtungskämpfen auf und verlieren nicht nur Stimmen, sondern auch Personal an „pro NRW“. Weitere 0,1 Prozent entfielen auf die

rechtsextremen Kleinstparteien „Ab jetzt... Bündnis für Deutschland. Für Demokratie durch Volksabstimmung“ und „Bund für Gesamtdeutschland“.

Posselt fasst zusammen: „'Pro NRW' hatte zunächst einen Einzug ins Landesparlament als Ziel ausgegeben, später aber die Erwartung auf ein Ergebnis irgendwo oberhalb von zwei Prozent korrigiert. Die NPD hatte ein Ergebnis oberhalb von 1,0 Prozent angepeilt, um Mittel aus der Parteienfinanzierung zu erhalten. Gemessen an diesen Erwartungen haben beide ihr Wahlziel verfehlt.“ Die 1,4 Prozent, die „Bürgerbewegung pro NRW“ erzielte, sind allerdings ein beachtlicher Wert, berücksichtigt man, dass Nordrhein-Westfalen kein gutes Pflaster für extrem rechte Wahlantritte ist und die „Bürgerbewegung“ erstmals antrat (Siehe auch den folgenden Beitrag).

In Dortmund blieb „pro NRW“ in allen vier Wahlkreisen deutlich unter einem Prozent und bekam nur etwa die Hälfte des landesweiten Stimmenanteils. Die NPD blieb fast unverändert oder konnte um 0,1% zulegen, sie trat auch mit Direktkandidaten an, die durchweg mehr Erststimmen bekamen als ihre Partei Zweitstimmen. Anders als im Landestrend ist sie also in Dortmund, ähnlich wie in Bochum, Herne, Unna und im Märkischen Kreis, die stärkste Kraft am rechten Rand geblieben. Die Analyse stellt auch fest, dass es der NPD in Dortmund gelungen ist, „der DVU kommunalpolitisch als stärkste Kraft der extremen Rechten den Rang abzulaufen“. Die „REP“ verloren in allen Dortmunder Wahlkreisen deutlich.

Wahlkreis 111

NPD: 1,8 % Christian Galle; 1,4% Zweitstimmen, unverändert
pro NRW: 0,8%
REP: 0,3%, minus 0,5 %
Insgesamt 2,5% für die Rechtsextremen.

Wahlkreis 112

NPD: 1,7 % Axel Thieme; 1,2% Zweitstimmen, plus 0,1 %
pro NRW: 0,8%
REP: 0,2%, minus 0,7 %
Insgesamt 2,2% für die Rechtsextremen.

Wahlkreis 113

NPD: 1,3 % Cassandra Wächter; 1,1% Zweitstimmen, plus 0,1 %
pro NRW: 0,7%
REP: 0,2% minus, 0,6 %
Insgesamt: 2,0% für die Rechtsextremen.

Wahlkreis 114

NPD: 1,2 % Matthias Wächter; 1,0 %Zweitstimmen, unverändert
pro NRW: 0,7%
REP: 0,2 Prozent, minus 0,5 %
Insgesamt: 1,9% für die Rechtsextremen.

4 | Pro NRW

Hetze gegen die Moschee in Hörde

Dortmund gehört zu den Regionen, in denen die „Bürgerbewegung pro NRW“ sich in naher Zukunft verstärkt etablieren will. Mit der Behauptung, dass in Dortmund-Hörde eine Islamisierung droht, will die extrem rechte deutsche Kleinpartei am 17. Juli anreisen, um mit einer großen Demonstration gegen ein „islamistisches Ghetto in Dortmund-Hörde“ zu protestieren. Ghetto? Hat der pro NRW-Vorsitzende Markus Beisicht im Geschichtsunterricht nicht aufgepasst?

Schon in wenigen Tagen, Mitte Juni nämlich, will pro NRW in Dortmund eine Öffentlichkeitsinitiative starten, wie Beisicht am 2. Juni bei der Vorstellung eines neuen Kampagnenflugblatts auf der Website von www.pro-nrw.net ankündigte:

„Wir werden unsere große Protestdemo gegen die Islamisierung des Stadtteils am 17. Juli intensiv mit Infoständen und flächendeckenden Flugblattverteilaktionen vorbereiten. Damit wird sichergestellt, dass die einheimische Bevölkerung, die das islamistische Vorhaben am Grimmelsiepen strikt ablehnt, auch über die Hintergründe unseres Protestsumzuges wahrheitsgemäß informiert ist. Wie bei ähnlichen islamkritischen Demonstrationen unserer Bürgerbewegung in Köln oder Leverkusen erwarten wir auch in Dortmund-Hörde eine rege Beteiligung der Anwohner, die uns natürlich herzlich willkommen sind.“

Das Kampagnenflugblatt für den Angriff auf eine Religionsfreiheit, die auch für Muslime gilt, setzt unter dem Titel „Dortmund darf sein Gesicht nicht verlieren!“ auf Angst vor Fremdem und Freunden. Eine Zerstörung der hiesigen Werteordnung wird vorausgesagt und das Willkommen für Gäste und Neubürger an den Vorbehalt gebunden, dass diese sich „in unserer Stadt integrieren“, sprich, ihre eigene Religiosität und Kultur zu Hause lassen.

Das Flugblatt soll offensichtlich auch dazu dienen, Unterschriften für eine Petition zusammen zu sammeln, nach der Dortmund nicht weiter islamisiert werden soll. Artikel 17 des Grundgesetzes sieht vor, solche Bittschriften „an die zuständigen Stellen und die Volksvertretung“ zu senden. Pro NRW gibt sich selbst als Adresse an. In den weiteren Texten zeichnen die Herausgeber des Kampagnenflugblattes das unzutreffende Bild einer rein islamisch geprägten „Parallelgesellschaft“, die nach den Plänen der DITIP am Grimmelsiepen in Hörde entstehen soll.

Eher peinlich ist, dass die angeblich der Heimat verbundene Protest-Partei sich selbst mit der deutschen Sprache etwas schwer tut: „Liebe Mitbürger, viele von Ihnen haben sich in den letzten Jahren massiv gegen Moscheepunkbau in Dortmund-Hörde gewährt,“ heißt es da gleich im ersten Satz.

Das komplette Flugblatt ist unter <http://www.pro-nrw.net/wp-content/uploads/NRW-Dortmund.pdf> im Internet nachlesbar.

Dass die Dortmunder sich von den Moschee- und Minarett-Feinden kaum beeindruckt lassen, haben sie schon am 4. Mai bewiesen, als sie unter maßgeblicher Beteiligung des Arbeitskreises gegen Rechtsextremismus ein am Bahnhof vorgefahrenes pro NRW-Wahlkampfteam innerhalb weniger Minuten davon überzeugten, besser das Weite zu suchen. Die nun angekündigte Dortmund-Kampagne deutet darauf hin, dass die Botschaft wiederholt werden muss.

KC

5 | Beamter der Stadt auf Abwegen

Biedermann oder Brandstifter?

Klaus Schäfer, fast 55 Jahre alt, war Chef der Dortmunder Berufsfeuerwehr und zuletzt Leiter des Instituts für Feuerwehr- und Rettungstechnologie. Bereits im vergangenen Jahr hörte ihm mancher verwundert zu, als er nach dem Überfall von autonomen Nationalisten auf die Mai-Kundgebung des Deutschen Gewerkschaftsbundes öffentlich erklärte, Teilnehmer der DGB-Kundgebung hätten die Eskalation betrieben. Bei einem erneuten Aufmarsch der Neonazis am 30. April dieses Jahres reihte sich Schäfer, zu diesem Zeitpunkt noch SPD-Mitglied, in den Aufzug der Braunen ein. Die Stadt reagierte schnell und entthob den Beamten noch am selben Tag mit sofortiger Wirkung vom Dienst. Sie sperrte ihn von den Diensträumen aus, ein Disziplinarverfahren liegt nahe. Einstweilen behält er, wie in solchen Fällen üblich, seine Bezüge weiter.

Der Fall wurde in der Lokalpresse beleuchtet. Am 4. Mai hat die Antifaschistische Union Dortmund auf ihrer Website <http://antifaunion.blogspot.de/2010/05/04klaus-schaefer-seine-kontakte-zu-zu-neonazis/> weitere Material veröffentlicht. Es legt den Schluss nahe, dass der Feuerwehrmann schon länger im Lager der Brandstifter gegen die Demokratie zu finden ist. Schon am 5. September 2009 hat er, wie ein Foto dokumentiert, an der Kundgebung der Neonazis auf einem Parkplatz am Dortmunder Hafen teilgenommen und ein Transparent gehalten, das „ein freies Europa der Vaterländer... auf kultureller und biologischer Ebene“ forderte. Die Antifa-Union will ihn auch als regelmäßigen Besucher des „Nationalen Zentrums“ der Dortmunder Neonazis an der Rheinischen Str. 135 wahrgenommen haben. Bei der

Gestaltung der Website der lokalen Neonazi-Gruppierung „Nationaler Widerstand Dortmund“ sei er für die nationalistischen und anti-demokratischen Karikaturen zuständig.

Nach Darstellung der Antifaschistischen Union haben Hacker über eine Flirt-Börse der rechten Szene herausgefunden, dass die Pseudonyme „Dr. nat. Fake“ und „Dr. Thor“ mit hoher Wahrscheinlichkeit dem Ex-Chef der Feuerwehr zuzuordnen sind. Unter diesen Namen waren in den Leserkommentaren der Online-WAZ sowie in Gastbeiträgen auf Nazi-Seiten rechtsextremistische Kommentare veröffentlicht worden. Möglicherweise steht er auch selbst hinter Kommentaren, die Klaus Schäfer als aufrechten Beamten schildern, der vom früheren Oberbürgermeister Langemeyer und vom jetzt bestätigten Nachfolger Sierau gemobbt worden sein will.

Stadtdirektor Pogadl und Brandschutzdezernent Stüdemann begründeten die sofortige Entfernung Schäfers aus dem Dienst mit dem Verdacht, dass der Beamte durch die Teilnahme an der Nazi-Demo seine beamtenrechtlichen Pflichten verletzt hat. Beamte sind grundsätzlich verpflichtet, sich durch ihr gesamtes Verhalten zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes zu bekennen. Von der Stadtspitze bis zur Feuerwehr distanzieren sich Amtsträger von Schäfer, in der SPD muss er mit Ausschluss rechnen.

6 | Runder Tisch in Dorstfeld

Stadtweites Interesse

Der **Dortmunder Arbeitskreis gegen Rechtsextremismus** hat dem „Runden Tisch“ in Dorstfeld ausdrücklich eine noch intensivere Zusammenarbeit im gemeinsamen Vorgehen gegen rechtsextremistische Aktivitäten im Dortmunder Westen angeboten. In einem Brief an den Koordinierungskreis des „Runden Tisches“ regen die beiden Sprecher des Arbeitskreises, Friedrich Stiller (Evangelische Kirche) und Ralf Beltermann (DGB), Gespräche über gemeinsam interessierende Fragen an. Auch für die Beteiligung an Aktionen des „Runden Tisches“ seien der Arbeitskreis und seine Einzelorganisationen jederzeit offen. Als Vertreter des Arbeitskreises hat sich vorläufig Klaus Commer zur Verfügung gestellt, an den Sitzungen des „Runden Tisches“ teilzunehmen und den Kontakt zu halten.

Das vom Arbeitskreis neu gegründete **Forum gegen Rechtsextremismus** könnte, so Stiller und Beltermann, als Plattform dienen, über den Stadtteil Dorstfeld hinaus Informationen über die dortige Situation stadtweit zu verbreiten. Wörtlich heißt es in dem Schreiben: „Die besondere Präsenz von Vertretern der ‚Autonomen Nationalisten‘ in Ihrem Stadtteil und der damit verbundene Versuch dieser Kreise, auch Teile des öffentlichen Raums für sich zu beanspruchen, verlangt eine gemeinsame Antwort.“

Schon an den drei Sitzungen des „Runden Tisches Dorstfeld“ in den vergangenen Monaten haben Vertreter des **Dortmunder Arbeitskreises gegen Rechtsextremismus** teilgenommen. Im Arbeitskreis selbst ist die Situation in Dorstfeld zweimal ausführlich besprochen worden, einmal auch mit dem Bezirksbürgermeister als Gast. Die Beratungen haben gezeigt, dass der Arbeitskreis die Situation in Dorstfeld nicht als Dorstfelder Problem versteht, sondern als gemeinsame Aufgabe aller Dortmunderinnen und Dortmunder. Nicht zuletzt deshalb wurde bereits am 9. Oktober 2009 die Mahnwache vor der Wohnung einer von Neonazis bedrängten Familie im evangelischen Gemeindehaus in Dorstfeld organisiert. Dies ist von den Medien auch wahrgenommen worden – leider allerdings nicht vom WDR-Magazin „Monitor“ in seinem tendenziösen Bericht über die Dorstfelder Vorgänge.

7 | Notiert

Die Auslandsgesellschaft Deutschland e.V. ist am 4. Mai als weiteres Mitglied in den Dortmunder Arbeitskreis gegen Rechtsextremismus aufgenommen worden. Sie verfolgt mit ihren Kursprogrammen

und Veranstaltungen ähnliche Ziele wie die Auslandsgesellschaft NRW e.V., die dem Arbeitskreis bereits seit dem vergangenen Jahr angehört.

„Vom Antikriegstag ... zum Profriedenstag“: Mit einer Ansprache und anderen kulturellen Beiträgen werden der Deutsche Gewerkschaftsbund und mehrere Mitveranstalter am 1. September um 17 Uhr im Innenhof der Steinwache wieder an den Überfall Deutschlands auf Polen vor nunmehr 71 Jahren erinnern. Dieser inzwischen traditionelle „Antikriegstag“ führt dann in diesem Jahr zu einer Fortsetzung als „Profriedenstag“ in der Bürgerhalle des Dortmunder Rathauses. In Dortmund wird um 19 Uhr das vom Dortmunder Lichtmaler Leo Lebendig gestaltete „Friedenslicht der Religionen“ aufleuchten. Dazu werden mit Beteiligung von Schulen und Initiativen „Viele Dortmunder Stimmen für den Frieden“ zu hören, zu sehen und zu fühlen sein.

Angesagt ist von den Autonomen Nationalisten für den dem Antikriegstag folgenden Samstag, den 4. September 2010, ein Aufmarsch, mit dem die Rechtsextremisten in dieser Stadt erneut ihre „nationalen und sozialen“ Vorstellungen kundtun wollen. Mit einer Vielzahl von Veranstaltungen in mehreren Stadtteilen war es im vergangenen Jahr gelungen, die ausländerfeindliche und nationalistische Kundgebung auf einen Parkplatz in der Nähe des Hafens zu beschränken und aus den Wohnquartieren der Stadt fernzuhalten. **KontraRE** wird Ende August über die diesjährigen Maßnahmen, die Stadt bunt zu erhalten, berichten.

KontraRE

ist ein Informationsdienst des Dortmunder Arbeitskreises gegen Rechtsextremismus.

Dem Arbeitskreis, dem größten Zusammenschluss gegen Rechtsextremismus in unserer Stadt, gehören Organisationen mit einer großen Zahl von Gruppierungen und Einheiten an. Damit haben sich die wichtigsten gesellschaftlich relevanten Dortmunder Gruppen zusammengetan, um gemeinsam für die demokratischen und humanistischen Traditionen unserer Stadt einzutreten. Zentrales Ziel ist, allen Versuchen rechtsextremistischer, neofaschistischer und ausländerfeindlicher Kreise entgegenzuwirken, Dortmund zu einem Schwerpunkt ihrer Aktivitäten auszubauen.

Mitgliedsorganisationen des Dortmunder Arbeitskreises gegen Rechtsextremismus sind (in alphabetischer Folge): Arbeiterwohlfahrt (AWO), Auslandsgesellschaft Deutschland e.V., Auslandsgesellschaft NRW e.V., Bündnis 90/Die Grünen, CDU Kreisverband Dortmund, Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) – Region Dortmund-Hellweg, Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband (DPWV), Evangelische Kirche / VKK Dortmund und Lünen, Ev. Studierendengemeinde, Fachhochschule Dortmund, Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit, Internationales Bildungs- und Begegnungszentrum (IBB), Jugendring Dortmund, Katholische Stadtkirche Dortmund, Pro Dortmund e.V., SPD Unterbezirk Dortmund, Verein gegen Vergessen – für Demokratie e.V. (Östliches Ruhrgebiet)

Sprecher des Arbeitskreises und verantwortlich für Verlautbarungen des Arbeitskreises sind:

Pfarrer Friedrich Stiller

Referat für Gesellschaftliche Verantwortung der Vereinigten Kirchenkreise Dortmund und Lünen, Jägerstr. 5, 44145 Dortmund, Ruf 0231-8494-3 73, Mail rgv@vkk-do.de, Internet www.vkk.org

Ralf Beltermann

DGB Region Dortmund-Hellweg, Ostwall 17 – 21, 44135 Dortmund, Ruf 0231-557044-0/25, Mail dortmund@dgb.de, Internet www.region-dortmund-hellweg.dgb.de

Presserechtlich verantwortlich für den Inhalt von **KontraRE** sind die Redakteure **Klaus Commer** und **Rainer Zunder**.
Mailadresse der Redaktion: KontraRE@gmx.de.

KontraRE wird auf Wunsch kostenfrei per E-Mail zugesandt. Wer **KontraRE** erhalten oder abbestellen möchte, teilt dies ebenfalls unter der Adresse KontraRE@gmx.de mit Angabe seiner Mailadresse mit.

Redaktionsschluss und Versand dieser Ausgabe: 06.06.2010
